

Serbien

Sabine Willenberg

Ende April 2014 hielten Überschwemmungen erschreckenden Ausmaßes Serbien tagelang in Atem: Mindestens 16 Menschen starben, das Balkanland wurde infrastrukturell schwer in Mitleidenschaft gezogen.¹ Für die neue Regierung um Aleksandar Vucic geriet das Katastrophenmanagement nur wenige Wochen nach Amtsantritt zum Lackmustest, den es nur unter großer Kritik bestand.² Dagegen erschien der Weg in die Europäische Integration – bis dahin vom extremen Zick-Zack-Kurs gekennzeichnet³ – im letzten Jahr geradezu geradlinig. 2014 steht für den bislang größten Erfolg: Am 21. Januar haben die Beitrittsverhandlungen mit der EU begonnen.

Serbiens Weg in die EU führt immer noch über Kosovo

Waren die europäischen Integrationsfortschritte Serbiens lange vor allem von seiner Kooperationsbereitschaft mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal ICTY abhängig, bestimmte in den letzten Jahren in erster Linie der Normalisierungsprozess zwischen Serbien und Kosovo das Tempo der EU-Annäherung. Die EU-Mitgliedschaft hatte Serbien bereits im Dezember 2009 beantragt; seit März 2012 ist das Land Beitrittskandidat. Im April 2013 mündete der von der EU moderierte politische Dialog in die „Erste Vereinbarung von Prinzipien zur Regelung der Normalisierung der Beziehungen“. Darin verpflichteten sich die Premierminister der beiden Länder, Ivica Dacic (Serbien) und Hashim Thaci (Kosovo), unter anderem auf die Schaffung eines serbisch-kosovarischen Gemeindeverbands im Kosovo sowie die Integration der serbischen Sicherheits- und Justizstrukturen im Nordkosovo in den kosovarischen Staat. Erste Implementierungsschritte genügten dann bereits, damit der Europäische Rat am 28. Juni 2013 die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Serbien beschloss.⁴ Vor der ersten Beitrittskonferenz am 21. Januar 2014⁵ nahm der Rat für Allgemeine Angelegenheiten im Dezember 2013 den Rahmen für Beitrittsverhandlungen an.⁶ Zuvor hatte die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Catherine Ashton, Serbien wohlwollend eine ambitionierte Mitarbeit im Normalisierungsprozess mit Kosovo attestiert.

Erwartungsgemäß liegt der Fokus laut Verhandlungsrahmen auch weiterhin auf dem Normalisierungsprozess mit Kosovo, daneben auf den Kapiteln zur Rechtsstaatlichkeit. Justiz- und Verwaltungsreform, die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sowie der Minderheitenschutz sind die Themen, auf die die EU-Verhandlungspartner besonderes Augenmerk haben werden, so suggeriert auch der Fortschrittsbericht, den die Europäische Kommission am 16. Oktober 2013 veröffentlichte.⁷

1 Vgl. Mehr als 40 Flutopfer auf dem Balkan, in: Deutsche Welle, 18.05.2014.

2 Vgl. Kritik an staatlichem Krisenmanagement in Serbien, in: Deutsche Welle, 28.05.2014.

3 Vgl. European Commission: Enlargement – Serbia, http://ec.europa.eu/enlargement/countries/detailed-country-information/serbia/index_en.htm und Sabine Willenberg: Serbien, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels: Jahrbuch der Europäischen Integration 2013, Baden-Baden, S. 503-504.

4 Vgl. Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 28.06.2013.

5 Vgl. Council of the European Union: First Accession Conference with Serbia, 21.01.2014.

6 Vgl. Rat der Europäischen Union: Allgemeine Angelegenheiten. Mitteilungen an die Presse, 17.12.2013.

Infolge der von Serbien demonstrierten Kooperation mit Prishtina konnte am 1. September 2013 endlich auch das schon im April 2008 unterzeichnete Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) in Kraft treten, nachdem auch die letzten EU-Mitgliedsstaaten das Abkommen ratifiziert hatten.

Mit neuer Regierung weiter auf wankelmütigem Europakurs

Auf dem eingeschlagenen Europakurs wird Serbien wohl auch unter der neuen Regierung unter Aleksandar Vucic (Fortschrittspartei SNS) bleiben. Die aufgrund ihrer plakativen, aber mit nationalistischen Nuancen gesprenkelten Europagewandtheit umstrittene SNS stellt bereits den Staatspräsidenten Nikolic. In der von Juni 2012 bis April 2014 amtierenden Regierung war sie, obwohl im Parlament stärkste Kraft, nur als Juniorpartner mit dem Vizepremierposten vertreten. Die von Vucic erzwungenen vorgezogenen Wahlen im März 2014 änderten das vermeintliche Missverhältnis: Die SNS konnte ihren Stimmenanteil mit rund 50 Prozent aller Stimmen nahezu verdoppeln; damit erreichte sie die absolute Mehrheit und stellt endlich auch den Ministerpräsidenten. Die bislang drittplatzierte Sozialistische Partei Serbiens (SPS) von Ex-Regierungschef Ivica Dacic stieg mit rund 15 Prozent der Stimmen zur zweitstärksten politischen Kraft im Lande auf. Einen Absturz erfuhr dagegen die Demokratische Partei (DS), die nur noch auf sechs Prozent kam – ein Abbild der zur Zeit massiv zerstrittenen Opposition in Serbien, die kaum Alternativen zu den beiden stärksten, national verorteten Parteien bieten kann.⁸

Wie unter den Vorgängerregierungen wird Serbiens Europapolitik auch unter dem ehemaligen Ultranationalisten Vucic, der intern für eine Lösung des Reformstaus einsteht, nicht ohne Irritationen sein. Das serbische Bewusstsein, zur Not auch ohne EU-Mitgliedschaft auskommen zu können, flackert im Diskurs immer wieder als Alternative zur gemeinhin demonstrierten Compliance auf. Dieses zwiespältige Verhältnis zeigte nicht zuletzt die Haltung der serbischen Regierung zu den Gedenkfeiern an das vor 100 Jahren am 28. Juni 1914 vom bosnischen Serben Gavrilo Princip verübte Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo. Wie die Vertreter der bosnisch-herzegowinischen Entität Republika Srpska sagten auch die Repräsentanten Belgrads ihr Kommen ab, um nicht als Sündenbock für den Ersten Weltkrieg angeprangert zu werden.⁹ Der 28. Juni hat in Serbien ohnehin eine andere Bedeutung: Er ist der Jahrestag der Schlacht auf dem Amsfeld 1389 und wird von den serbischen Führern je nach Ausprägung der politischen Radikalität mal mehr, mal weniger extensiv zur Inszenierung der serbischen Nation – und wenn nötig zur Abgrenzung gegenüber der westlichen Welt – genutzt. 2014 war es die Eröffnung des vom umstrittenen Regisseur Emir Kusturica erbauten Stadtviertels von Visegrad, zu der Gavrilo Princip als Freiheitskämpfer geehrt wurde. Das von Serbien mitfinanzierte Andricgrad dient dazu, eine Staatstradition der Republika Srpska zu konstruieren und die serbisch-serbischen Beziehungen über die Drina hinweg zu zementieren – dies auch in unübersehbarem Widerspruch zur postulierten Gutnachbarschaftlichkeit zum Gesamtstaat Bosnien und Herzegowina und zur allgemeinen europäischen Gesinnung.¹⁰

7 Vgl. Auswärtiges Amt: EU-Erweiterung: Serbien, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung/Serbien.html> und European Commission: Serbia 2013 Progress Report, 16.10.2013.

8 Vgl. Politisches Erdbeben bei Parlamentswahl in Serbien, in: Deutsche Welle, 16.03.2014.

9 Vgl. Gedenken an Attentat von Sarajevo, in: Deutsche Welle, 29.06.2014.

10 Vgl. PM decides not to attend WW1 event in Sarajevo, in: B92, 13.06.2014 und Adelheid Wölfl: Ein historisches Land wird erdacht, in: derStandard, 13.04.2014.